

Montag, 27. August 2012 09:01 Uhr

URL: <http://www.gelnhaeuser-tageblatt.de/lokales/main-kinzig-kreis/brachttal/12335612.htm>

# Gelnhäuser Tageblatt

BRACHTTAL

---

## Bürgerbeteiligung an Windenergiepark

22.08.2012 - BRACHTTAL

### Brachtals Grüne beantragen Gründung einer Genossenschaft

(an). Darüber zeigte das Brachtaler Parlament Einigkeit: Die Bürger sollen grundsätzlich an zukünftigen weiteren Windkraftanlagen beteiligt werden. Auslöser der Diskussion war am Montagabend ein Antrag der Grünen, eine Windenergiegenossenschaft zu gründen. Weiter beantragten die Grünen, dass der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes bei den Maßnahmen des kommunalen Schutzschirms berücksichtigt werden soll.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Christiane Gunia hatte beantragt, dass gegenüber Planern oder Investoren eine mögliche Windenergiegenossenschaft der Brachtaler Bürger als bevorzugtes Konzept berücksichtigt wird. „Für das, was die Brachtaler ertragen müssen, sollen sie auch den Ertrag bekommen“, sagte sie. Die Genossenschaft könne den Bau finanzieren, im Gegenzug bekämen die Genossen kostenlosen oder verbilligten Strom, so ihr Modell. Auch die Vertreter der anderen Fraktionen befürworteten grundsätzlich eine Bürgerbeteiligung. Angenommen wurde dann aber einstimmig der Änderungsantrag, den Bürgermeister Christoph Stürz stellte. Die Planung sei ja noch am Anfang. Grundsätzlich sei eine Beteiligung der Bürger zu begrüßen, wobei es eine Vielzahl von Beteiligungsmodellen gebe, nicht nur die Genossenschaft. Sein Antrag lautete: „Bei allen Planungen zu Möglichkeiten der erneuerbaren Energien ist die Beteiligung Brachtaler Bürger in den Vordergrund zu stellen.“ Die Rechtsform solle man noch offenhalten.

Im Februar hatte das Rechnungsprüfungsamt einen Bericht für die Gemeinde Brachtal vorgelegt, der die Jahre 2006 bis 2010 umfasst. Dieser Prüfbericht, sagte Christiane Gunia, sei ja wie ein Leitfaden, den man in den Maßnahmenkatalog zum kommunalen Schutzschirm einarbeiten könne. Sie beantragte, dass die Schutzschirmkommission erneut zusammentrete und diesen Bericht einarbeite. Dem hielt Bürgermeister Christoph Stürz entgegen, dass die Kommission, die ein Hilfsorgan des Gemeindevorstands gewesen sei, sich ja bereits aufgelöst habe. Sollte der Grünen-Antrag verabschiedet werden, müsse er dagegen Widerspruch einlegen. Aber der Gemeindevertretung stehe es ja frei, diesen Prüfbericht an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. „Ich fand die Idee der Grünen ziemlich gut“, sagte Christian Klas (FWB). Aber da man die Kommission nicht erneut einberufen könne, solle man den Bericht im Ausschuss diskutieren.

Parlamentsvorsitzender Wilhelm Schmits (FWB) schlug vor, dass die ehemaligen Kommissions-Mitglieder in den Ausschüssen beratendes Recht bekämen. Stürz gab ihm recht: Der Ausschussvorsitzende könne jeden sachkundigen Bürger zur Beratung heranziehen. So wurde es dann einstimmig beschlossen.

Gegen die Stimmen von CDU und Grünen wurde die geprüfte

Jahresrechnung 2009 verabschiedet und dem damaligen Gemeindevorstand Entlastung erteilt. Lutz Heer (CDU) sah noch Beratungsbedarf und wollte eine Ausschussberatung. Und Christiane Gunia verwies unter anderem auf 500 000 Euro Kassenkredit, die nicht durch das Parlament legitimiert gewesen seien.

---

© Gelnhäuser Tageblatt 2012

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Gelnhäuser Tageblatt